

Bezugspreis:

Stückpreis 20.- M. monatlich 12.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.- M. einsch. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rhein-gebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 22.- M. für das übrige Ausland 24.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Volk und Welt", der Unterhaltungsbeilage "Sonnwelt" und der Beilage "Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 151 56-97
Expedition Morisplatz 117 53-54

Donnerstag, den 13. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Morisplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:

Die neungespaltene Nonpareilzeile kostet 6.- M. "Kleine Anzeigen" das festgedruckte Wort 2.- M. (ausführlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3.00 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 2 abgegeben werden. Gestalt: von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Vertragswidrige Entscheidung?

Die wichtigste, allerdings nicht offiziell beglaubigte Nachricht der letzten Stunden geht dahin, daß England sich vorbehaltlich der Vertragsmäßigkeit der vom Völkerbund getroffenen Entscheidung nachprüfen. Ein solches Verhalten würde nur der inneren Logik der Tatsachen entsprechen. England hält sich für gebunden, den Spruch des Völkerbundes auszuführen, wenn aber dieser Spruch nicht in Einklang mit dem Vertrag stünde, dann würde diese Bindung nicht mehr bestehen, denn der Völkerbund kann die Mächte von ihrer Verpflichtung, den Vertrag auszuführen, nicht befreien.

Es entsteht nun die wichtige Frage: Ist die Entscheidung vertragsmäßig oder ist sie es nicht? Leider läßt sich eine sichere Antwort darauf nicht geben, weil eben die Entscheidung noch nicht in ihrem Wortlaut bekannt ist. Sicher ist nur, daß weder Polen noch Deutschland verpflichtet werden können, eine vertragswidrige Lösung anzunehmen. Würde die Entscheidung des Völkerbundes vom Obersten Rat als rechtsgültig publiziert, aber sodann ihre Vertragsmäßigkeit von einer der beteiligten Mächte angefochten, so ergäben sich daraus für die internationale Rechtsicherheit ganz unerträgliche Folgen.

Darum ist die Forderung berechtigt, daß den Vertretern Deutschlands Gelegenheit gegeben werde, vor der endgültigen Publikation den Spruch des Völkerbundes auf seine Vertragsmäßigkeit zu prüfen und etwaige Einwände geltend zu machen. Daß den Polen, die im Völkerbund vertreten sind, die Gelegenheit dazu nicht fehlt, darf als sicher angenommen werden.

Schon jetzt wird vielfach die Ansicht vertreten, daß der Spruch des Völkerbundes tatsächlich vertragswidrig ist und alles, was über ihn bekannt geworden ist, gibt in dieser Beziehung Anlaß zu ernststen Bedenken. Es liegt daher im Interesse des dauernden Friedens, daß dieser Spruch nicht eher in Kraft gesetzt wird, bevor seine Vereinbarkeit mit dem Dokument von Versailles durch eine gerechte und unparteiische Entscheidung festgestellt ist. Eine solche Entscheidung kann aber nicht gefällt werden, ohne daß Deutschland über diese Frage gehört worden ist.

Prüfung des Völkerbundvorschlages!

Paris, 13. Oktober. (G.) Wie der "Welt Parisien" ausführt, hat die französische Regierung der englischen Regierung am 6. Oktober mitgeteilt, daß eine Tagung des Obersten Rates nutzlos wäre und daß es am einfachsten wäre, die Botschafterkonferenz zu beauftragen, die über Oberschlesien gefällte Entscheidung in Kraft treten zu lassen. In London aber sieht man, wie bereits gestern mitgeteilt wurde, auf dem Standpunkt, daß man zunächst die Lösung des Völkerbundes kennen lernen müsse und daß man dessen sicher sein müsse, daß sie nicht den Bestimmungen des Versailler Vertrages widerspreche. Diese Prüfung, die London wünscht, erregt in Paris zweifellos Mißvergnügen.

Paris, 13. Oktober. (W.B.) Wie der "Matin" aus London meldet, wird im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche der Oberste Rat in London zusammentreten, um die Entscheidung des Völkerbundes in betreff Oberschlesiens zu erörtern.

Paris, 13. Oktober. (G.) Eine Turiner Meldung des "Journal" besagt, daß der Pariser Korrespondent der "Gazeta del Popolo" dahin informiert sei, daß Briand in Rom und in London die Forderungen erhoben habe, die ganze Angelegenheit, um ihre Lösung zu beschleunigen, der Botschafterkonferenz zu übertragen. Italien habe sich mit diesem Vorschlage bereits einverstanden erklärt. Man erwarte jetzt nur noch die Antwort Englands, die heute morgen eintreffen solle. Falls auch die Antwort Englands günstig laute, könne der Genfer Beschluß bezüglich Oberschlesiens sofort veröffentlicht werden.

Französische Bedenken

Paris, 13. Oktober. (W.B.) Auf französischer Seite beginnen sich Bedenken gegen die Genfer Lösung geltend zu machen, und es ist bezeichnend, daß ein so gouvernementales Blatt wie das "Journal" heute in dem Schiedsspruch des Völkerbundes dunkle Punkte findet. Zunächst ist es nicht selbstverständlich, daß die Deutschen die wichtigsten Mittelpunkte der Produktion behalten, und dem "Journal" ist es namentlich peinlich, daß der Bahnhof von Gleiwitz in deutschen Händen bleiben soll. Aber auch noch andere Gefahren erblickt das "Journal" in der Genfer Lösung. Ihrer Pflicht bewußte Schiedsrichter könnten das Industriegebiet nach ethnographischen Gesichtspunkten aufteilen, sie würden sich aber nicht verhehlen können, daß eine solche Teilung den Ruin des wirtschaftlichen Organismus herbeiführen müßte. Deshalb hätte es Frankreich am liebsten gesehen, wenn das ganze Industriegebiet an Polen gefallen wäre. Aber der Völkerbund glaubt, die territoriale mit der wirtschaftlichen Einheit verbinden zu können,

indem er das ganze Gebiet unter die Kontrolle einer gemischten Kommission stellen will. Besser wäre es gewesen, er hätte sich für die Annahme beider Möglichkeiten entschieden. Denn entweder bleibt diese Kommission eine Fiktion, und dann wird sie die allmähliche Auflösung nicht verhindern können, oder sie entfaltet eine wirksame Tätigkeit — und dann wird sie zugunsten Deutschlands arbeiten, denn Deutschland hat alle Vorteile in Händen, die bereits erworbenen Stellungen und den Mechanismus seiner Arbeiterorganisationen. Polen kann auf diesem Gebiete mit Deutschland in keinen Wettbewerb treten. Das "Journal" fragt daher: Wie lange wird, wenn die wirtschaftliche Einheit aufrechterhalten bleiben soll, die territoriale Einheit bestehen?

Die teuren Gaspreise

sollen nach den Behauptungen der bürgerlichen Presse und Flugblätter durch die "rote Mehrheit" in der Berliner Stadtverwaltung verschuldet sein. Aber

in allen Großstädten, die eine bürgerliche Mehrheit haben sind die Preise für

Gas, Elektrizität und Straßenbahn viel höher als in Berlin

Siegt am 16. Oktober der Bürgerblock, so werden die

Berliner städtischen Betriebe den Privatkapitalisten ausgeliefert

und die Bevölkerung wird dann dieselben hohen Sätze zahlen müssen, wie in den anderen Städten.

Wollt Ihr das verhindern, dann

wählt sozialdemokratisch (S.P.D.)

Eine neue Sachverständigenkommission.

Genf, 13. Oktober. (W.B.) Der Völkerbundrat veröffentlicht die von ihm den Sachverständigen erteilten allgemeinen Instruktionen, die wie folgt lauten:

Die vier vom Völkerbund mit der Verprüfung der ober-schlesischen Frage beauftragten Mitglieder verlangen von den von ihnen bezeichneten Sachverständigen die Bezeichnung der allgemeinen Maßnahmen, deren Anwendung geeignet erscheint, den ungehinderten Fortgang des wirtschaftlichen Lebens in Oberschlesien zu sichern und die Schwierigkeiten der Uebergangszeit auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Die Sachverständigen werden eingeladen, die Bedürfnisse des Gebietes zu beurteilen vom Gesichtspunkt der Interessen der Industrie, der Finanzverwaltung und der Bevölkerung. Sie haben insbesondere zu prüfen die Frage betreffend den Transport, die Verteilung der Wasser- und der Elektrizitätskräfte, den Austausch der Brennstoffe, der Rohstoffe und der Handarbeit, die finanziellen Organisationen der Industrie, die auf Grund einer Konzession erworbenen Rechte, das Zollregime und die soziale Gesetzgebung. Sie werden ebenso eingeladen, ihre Meinung abzugeben über die Dauer der von ihnen für die notwendige Uebergangszeit in Aussicht genommenen Bestimmungen. Sie richten sich in ihrer Arbeit nach Möglichkeit nach analogen Fällen von politischer Trennung und wirtschaftlicher Wiederanpassung, wie sie bei Grenzüberschiebungen in Europa ausgefallen sind. Die Sachverständigen haben ihren Bericht binnen kürzester Frist einzureichen. Sie können Erklärungen einziehen von allen zuständigen Persönlichkeiten, sofern sie es als wünschenswert erachten, auch von deutschen oder polnischen Bewohnern des Abstimmungsgebietes.

Wann kommt die Veröffentlichung?

Genf, 12. Oktober. (W.B.) Der Beschluß des Obersten Rates über die Lösung der ober-schlesischen Frage soll erst nach erfolgter Notifizierung an die Regierungen in Berlin und Warschau veröffentlicht werden. Wie man hier heute abend erfährt, soll die Veröffentlichung in den Ententehauptstädten vor den versammelten Pressevertretern stattfinden. In Paris werden Ishii und Bourgeois, in London Balfour und in Rom Imperiali, in Genf der Generaldirektor Sir Eric Drummond der Presse den amtlichen Text mitteilen.

Der amtliche Bericht des Völkerbundes.

Genf, 12. Oktober. (W.B.) Das Völkerbundsekretariat gab heute abend folgende amtliche Mitteilung aus, in der die für die Versammlung in der ober-schlesischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, ohne daß aber über die Lösung selbst Mitteilungen gemacht werden. Der Völkerbundrat hat seine Arbeiten über die Festsetzung der Grenze in Oberschlesien beendet. Ein Kurier, der heute abend nach Paris abgeht, wird Herrn Briand, amtierendem Präsidenten des Obersten Rates, die Antwort des Völkerbundrates auf die Einladung überbringen, die er am 12. August an den Rat richtete mit dem Ersuchen, dem Obersten Rat bei der Lösung des ober-schlesischen Problems Beistand zu leisten. Bei der Prüfung dieses Problems mußte auf Grund der Bestimmungen des Vertrages der Völkerbundrat sowohl die in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Bevölkerung, wie auch die wirtschaftliche und geographische Lage des Landes in Betracht ziehen.

Eine ernste Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die Bewohner, die für Deutschland gestimmt hatten, mit den Bewohnern, die ihre Stimme für Polen abgegeben hatten,

miteinander vermengt leben,

und zwar in einem Verhältnis, das zwar nicht immer das gleiche, aber in dem dichtbevölkerten Lande doch stets sehr beträchtlich ist, und zwar sowohl unter wirtschaftlichen als auch geographischen Gesichtspunkten. Eine Grenze war undenkbar, die Bewohner, die für Deutschland gestimmt hatten, nicht an Polen gegeben hätte, so daß dem Rat kein anderer Ausweg blieb, als diesen Fall dadurch zu verringern, daß er die Grenze so sehr wie möglich dem Abstimmungsergebnis anpaßte. Eine derartige Grenzlinie hätte jedoch Gebiete zerschnitten, die industriell eng voneinander abhängen. Die Aufstellung einer neuen Grenze in einem Gebiet, das sich wirtschaftlich unter denselben Gesichtspunkten und mit denselben Bedingungen entwickelt hatte, müßte auf beiden Seiten der Grenze die verhängnisvollsten Folgen haben. Das wäre auch hier der Fall gewesen, wenn die Errichtung einer neuen Zollgrenze die Auflösung der öffentlichen Betriebe, wie der Bergwerke, den Umlauf deutschen Geldes, das Inkrafttreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung mit sich gebracht hätte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten unmöglich nur durch leichte Abänderung einer einzig auf Grund der Volksabstimmung erlangten Grenze behoben werden. So gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder anderen Nationalität ein zweifelloses, wenn auch nicht überragendes Uebergewicht gesichert hatte. Selbst, wenn man nun diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht auf Grund der Volksabstimmung geteilt hätte,

würde die Grenze aufs engste miteinander verknüpfte wirtschaftliche Gruppen zerschneiden.

Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber:

Eine Grenzlinie, die nicht das Industriegebiet zerschneidet, würde die Hoffnungen und Wünsche von nicht etwa kleinen Mehrheiten in unwichtigen Gebieten, sondern von entscheidenden Mehrheiten in sehr wichtigen Gebieten vernichten haben. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnungen und Wünsche nicht nur zugelassen, sondern auch ermutigt. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Langwierige Verhandlungen, die sich mehr als zwei Jahre nach dem Friedensschluß hinzogen und eine große Bevölkerung in angstvoller Ungewißheit über ihr politisches Schicksal ließen, haben diese Schwierigkeiten noch beträchtlich vermehrt.

Mit der Prüfung des Problems beauftragte der Rat zunächst einen Ausschuß, der sich aus vier Ratsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens. Seine Arbeiten überzeugten den Ausschuß davon, daß die Frage nicht dadurch gelöst werden könne, indem einfach eine Grenzlinie aufgestellt werde entweder ausschließlich auf Grund der Volksabstimmung, oder auf Grund wirtschaftlicher Ueberlegungen oder infolge eines Ausgleiches zwischen beiden Methoden. Hätte man ohne eine andere Bestimmung die Grenze nach einer dieser Methoden aufgestellt, so wäre man zu den verhängnisvollsten Erscheinungen gelangt. Infolgedessen beschloß der Viererrat nach gründlichem Studium,

eine neue Grenzlinie

zu empfehlen und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Vernichtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen geboten werden, wobei diese Periode lange genug währen müsse, um eine vollständige und wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen.

Allgemein anerkannte Sachverständige und Fachleute wurden damit beauftragt, die gleichfalls notwendigen wirtschaftlichen Bestimmungen zu studieren. Die betreffenden Personen gehörten den technischen Organisationen des Völkerbundes an und

waterlagen keinerlei Einflüssen, sowohl was ihre Nationalität als auch die Politik der Behörden betrifft, von denen sie ernannt wurden. Sie wurden von den vier Ratsmitgliedern aufgeführt, die allgemeinen Maßnahmen zu unternehmen, welche die Fortführung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sichern und die Schwierigkeiten der Übergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken müssen. Die Projekte, in denen die betreffenden wirtschaftlichen Bestimmungen vorgeschlagen werden, sehen in einer langen Periode, in gewissen Fällen

für 15 Jahre eine Reihe von Vereinbarungen

vor. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf eine unparteiliche und gerechte Regelung der Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für zahlreiche Erzeugnisse, wie Kohlen und Zink, die Bekämpfung der deutschen Markt als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten.

Der Rat schlug gleichzeitig mit der Annahme dieser Projekte Garantien für die politischen Minderheiten vor, da er hierin eine wesentliche Ergänzung einer politischen Grenzführung erblickt. Nur auf diese Weise war es möglich, den politischen Wünschen der Einwohner die größte Befriedigung zu gewähren und ihnen gleichzeitig den Fortbestand des wirtschaftlichen Wohlergehens zu sichern.

Die Schlussansprache.

Genf, 12. Oktober. (W.Z.) Die Tagung des Völkerbundes über die oberschlesische Frage ging heute zu Ende. Gegen 6 Uhr abends unterzeichneten die Ratsmitglieder das Schlussprotokoll. Am Schluss der letzten Rats Sitzung hielt Baron Tsch, Präsident der Tagung für die oberschlesische Frage, folgende Ansprache:

Meine Herren, der Völkerbund hat sich glücklich, bei der Lösung einer der schwierigsten und verwickeltesten Fragen angefangen zu sein. Er hat, davon bin ich überzeugt, eine der wichtigsten Aufgaben, die ihm aufgetragen wurden, mit Erfolg durchgeführt. Es ist dies eine entscheidende Stunde im Leben des Völkerbundes. Gestatten Sie mir, bei dieser feierlichen Gelegenheit im Namen meiner französischen, englischen und italienischen Kollegen, wie auch in meinem eigenen Namen unserer vier Kollegen aus Belgien, Brasilien, China und Spanien dafür zu danken, daß sie dem Rat ihre wertvolle Hilfe gewährt haben. Das Ergebnis ihrer Arbeiten ist vom Geiste der Redlichkeit und hohen Unparteilichkeit erfüllt. Gleichzeitig kann ich nicht umhin, den ehrenwerten Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Sie haben trotz der großen nationalen Interessen, die auf dem Spiele standen, eklatante Beweise ihrer Versöhnlichkeit gegeben. So gelang es uns, eine glückliche Lösung des Problems zu erzielen. Gestatten Sie mir im Namen des Rates, unserem hervorragenden Generalsekretär und seinen Mitarbeitern vom Sekretariat für die wertvolle und unermüdete Mithilfe bei den Arbeiten unserer vier Berichterstatter zu danken. Schließlich bitte ich Sie, meinen persönlichen tiefgefühlten Dank dafür entgegenzunehmen, daß Sie mir die unerbittliche Ehre erwiesen, bei dieser denkwürdigen, nunmehr geschichtlichen Sitzung über die oberschlesische Frage zu präsidieren, deren fruchtvolle Lösung nicht verfehlt wird, in hohem Maße zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt beizutragen.

Vor der Reichstagsitzung.

Tagung der Demokraten.

Heute nachmittag treten im Reichstag die demokratische Reichs- und Landtagsfraktion zur Beratung der augenblicklichen Lage zusammen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird voraussichtlich am Tage vor Zusammentritt des Reichstags einberufen werden, soweit nicht ein früherer Zusammentritt notwendig erscheint. Die Einberufung des Reichstags wird aller Wahrscheinlichkeit nach Anfang der nächsten Woche erfolgen.

Die Nachricht von einer Demokratentagung erregt unter den gegenwärtigen Umständen gewisse Sorgen, da die Demokraten bisher leider stets in allen kritischen Zeitläuften den Herd der Nervosität innerhalb der Koalition gebildet haben. Hoffentlich werden die Demokraten diesmal nicht eine Haltung einnehmen, auf die man das Wort anwenden könnte: „Wehr Angst als Vaterlandsliebe“. Hoffentlich werden sie erkennen, daß jetzt am allerwenigsten Zeit ist für eine Politik parteifaktischer Spekulationen, sondern daß es sich jetzt darum

handelt, das Reich mit fester Hand über die drohende innere Krise hinwegzubringen. Mögen die Demokraten also wenigstens diesmal den Kopf oben behalten!

Die deutschmonarchistische (sog. deutschnationale) Reichstagsfraktion fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit dieser zu der „bevorstehenden“ Entscheidung über Oberschlesien noch Stellung nehmen könne. Sozial bekannt, steht aber die Entscheidung nicht mehr bevor, sondern sie ist bereits gefallen, nur noch nicht bekannt. Wäre sie noch nicht gefallen, so würde sie durch deutschmonarchistische Reden sicher nicht günstig beeinflusst. Uebrigens tritt der Keitenausschuss heute um 7 Uhr abends zusammen.

Ein Aufruf der Deutschmonarchisten.

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht eine Kundgebung, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, wegen der ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien die Führung zu ergreifen und an allen Orten und aus allen Kreisen der Bevölkerung heraus wichtige gemeinsame Kundgebungen herbeizuführen. Wenn in dem Aufruf gesagt wird, diese Angelegenheit sei keine Parteisache, sondern eine Sache des ganzen Volkes, so ist dem zuzustimmen. Wir können jedoch nicht der Auffassung beipflichten, daß dieser Sache durch Protestkundgebungen gedient wird, die bei der allgemeinen Erregung nur zu leicht die beteiligten nationalistischen Kreise zu „Aktionen“ hinführen könnten, welche der gemeinsamen Sache des Volkes nur Schaden würden. Wir sind der Auffassung, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick der Bevölkerung am besten gedient wird, wenn man jede Aufspaltung der nationalen Leidenschaften unterläßt und auf eine Demonstrationspolitik verzichtet, die bei dem bekannten Mangel an Lekt, den die Deutschnationalen bewiesen haben, nur neue inner- und außenpolitische Komplikationen herbeizuführen geeignet ist.

Kampf dem Lebensmittelwucher!

Von der preussischen Landtagsfraktion wird uns mitgeteilt: Die vom „Vorwärts“ angekündigten Maßnahmen zum Antrag der Deutschnationalen, daß das Dienstfeinkommen für Beamten und Lehrer automatisch dem Wert des Geldes angepaßt werden soll, haben sich zu folgendem Antrag Braun und Genossen vermindert, in dem unter Punkt 3 deutlich gesagt wird, woher die Mittel zu seiner Ausführung genommen werden sollen. Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen, 1. durchgreifende Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des täglich zunehmenden Wuchers mit Lebensmitteln und sonstigen notwendigen Bedarfsartikeln, unter dem die Arbeiter, Angestellten und Beamten schwer leiden, zu treffen; 2. allen im Staatsdienst stehenden Personen, Pensionären und Hinterbliebenen eine dem Grade der Leistung entsprechende Zulage zu den Bezügen schnellstens zu gewähren; 3. das Staatsministerium zu ersuchen, dem Landtage zur Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel sogleich den Entwurf zu einem Grundsteuergesetz zugehen zu lassen, das vornehmlich den durch die Teuerung hohe Gewinne erzielenden Großgrundbesitz schärfstens heranzieht.

Gleichzeitig interpellieren die Genossen Braun, Peters und Hufmann die Regierung, was geschehen sei, um eine planmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu erträglichen Preisen zu ermöglichen und was geschehen soll, um den Wucher mit Kartoffeln zu unterbinden. Sie weisen in ihrer Anfrage darauf hin, daß es der braunschweigischen Regierung z. B. gelungen ist, den Preis für Kartoffeln auf 35 M. für den Zentner festzusetzen, während sonst Preise von 70 und 80 M. keine Seltenheit sind.

Protest des Preussischen Landtages. Zu Beginn der heutigen Landtagsitzung wird der Präsident eine Erklärung abgeben, die gegen die beabsichtigte Teilung Oberschlesiens protestiert und den Standpunkt des deutschen Volkes in dieser Frage zum Ausdruck bringt.

ebenso wie die besprochenen Beispiele, die wir dem Buche von Alfred Bierbaum „Die Steigheit im Kulturwandel“ entnehmen, und die sich beständig vermehren lassen, auf die Kontinuität in der Entwicklung hin. Nicht auf der Genialität und der schöpferischen Kraft einzelner Menschen beruht der Fortschritt, sondern auf dem emsigen Zusammenwirken, auf der Schaffensfreude unzähliger.

Junge rheinische Kunst. Im Kronprinzenpalais wurde heute mittig eine Ausstellung moderner Maler des Rheinlands eröffnet. Sie bietet dem großen Publikum keinerlei Sensation, aber dem Kunstfreunde Freude, Anregung und Belehrung. August Macke, Heinrich Campendonk, Rauen, Seehaus u. a. marschieren auf. Alles gute Bekannte, die uns im einzelnen nichts Neues mehr offenbaren, die aber durch ihre Gesamtwirkung interessant werden. Denn man konstatiert hier unter Künstlern, die im Innersten einander menschenfeindlich sind, eine Art „Familiendähnlichkeit“, die nie zuvor so deutlich zutage getreten ist, die überrascht und zum Nachdenken anregt. Das Band einer gemeinsamen Schule, wie es früher die Düsseldorfer Akademie für die rheinische Kunst bedeutete, besteht heute nicht mehr. Die rheinische Luft und das rheinische Blut schaffen allein diese Zusammenhänge. Farbenfreude, die sich gern im Licht, Reinen und Klaren ergeht und die ganz bestimmte, immer wiederkehrende koloristische Harmonien bevorzugt, bildet den charakteristischsten Grundton. Um diesen einigten Grundton noch sinnfälliger hervorzuheben zu lassen, haben die Arrangeure der Ausstellung die Arbeiten nicht nach den Künstlern gruppiert, sondern nach dekorativen Gesichtspunkten. So sind Wände zustande gekommen, die vollkommen einheitlich, wie „aus einem Guss“ wirken und doch aus Werken ganz verschieden gearteter Persönlichkeiten zusammengesetzt sind. Namentlich die Wand, an der Campendonk mit Macke abwechselte, wirkt überraschend.

Die Malerei der jungen Rheinländer ist aufs feinste kultiviert, aber ihr mangelt die urwüchsige Kraft des Ausdrucks. Sie schwelgt in zarten Nuancen, die der einfühlsamen Betrachtung immer neue Reize offenbaren, aber sie bringt nur selten in feiselige Tiefen. Es ist eine wohlgeroche, lebenswürdige, meist heitere Kunst, ein erlesener Schmuck für die gute Stube des guten Europäers, aber die aufrüttelnden Tonarten der revolutionären Gegenwart können nicht in ihr.

Unser Archäologisches Institut in Athen, das jetzt bereits fast 50 Jahre besteht und auf glänzende Leistungen zurückblickt, war während des Krieges von der griechischen Regierung beschlagnahmt und als Leichterzeugnisse verwendet worden. Nach dem Frieden haben die Griechen das Gebäude dem Deutschen Reich zurückgegeben, obwohl sie es nach dem Verlaufe der Verhandlungen behalten oder wenigstens ein paar Millionen Mark dafür hätten verlangen können; sie taten dies wegen der großen Verdienste, die sich das Institut um Griechenland erworben habe. Das Institut ist daraufhin im Herbst 1920 wieder eröffnet worden, nahm seine Vorträge und Arbeiten auf und knüpfte auch Beziehungen zu den Instituten der anderen Nationen an. Die künftigen Aufgaben des Instituts werden sich nach einem in der „Kunstchronik“ wiedergegebenen Bericht Dörpfelds darauf zu beschränken haben, daß man nur keine Nachgrabungen unternimmt

Maurenbrecher und die „Deutsche Zeitung“.

Wir hören, daß Maurenbrecher auf unbestimmte Zeit im Urlaub gegangen ist, um nicht mehr in die „Deutsche Zeitung“ zurückzukehren. Leute, die es wissen müssen, behaupten, er habe seine deutschmonarchistischen Freunde zu roch kennengelernt, er könne sie nicht mehr vertragen.

Schiele nach Leipzig übergeführt.

München, 13. Oktober. (W.Z.) Der von der bayerischen Grenzpolizei in Salzburg verhaftete Arzt und Volkswirt Dr. Wilhelm Schiele, welcher wegen Teilnahme am Kapp-Putsch strafrechtlich verfolgt war, wurde gestern auf Verlangen des Reichsanwalts vom Münchner Gefängnis nach Leipzig übergeführt.

Festzug oder Gefangenentransport?

Am Sonntag, den 9. Oktober, sollte in Mendon, Kreis Iserlohn, eine Jahresfeier der dortigen militärischen Vereine nebst dazugehörigem Festzug durch die Stadt erfolgen. Einige Tage vorher durchlief das Gerücht die Stadt, der Festzug solle von den Arbeiterparteien gesprengt werden. Da die hohe Behörde hierüber in Sorge geriet, bat sie unsere Parteigenossen zu einer Sitzung, als deren Ergebnis die Kriegervereine versagten, jede Provoaktion zu unterlassen, wofür unsere Genossen versprochen, keine Gegen demonstration einzuberufen.

Nachmittags um 3 Uhr wurde es plötzlich lebendig in der Stadt, und die Schupo rückte heran. Es erschien ein Bataillon mit 40 bis 50 Mann und besetzte den Balkon des Rathauses. Unter dem Schutze der Polizei nahmen die Vereine auf dem Marktplatz Aufstellung. Bevor sich der Festzug in Bewegung setzte, erscholl das Kommando: Laden und sichern! An der Spitze des Zuges ritten Landjäger mit umgehängten Karabinern. Es folgte die erste Fahne, die ebenfalls bewaffnet war, und an den Seiten des Zuges wie am Schluß waren gleichfalls bewaffnete Mannschaften, so daß der „Festzug“ eher einem Gefangenentransport ähnelte. Daß über diese lächerliche Demonstration in der ganzen Stadt gewaltige Heiterkeit entstand, bedarf kaum besonderer Erwähnung. Wann werden wohl unsere braven Spießer einsehen, daß sie sich durch derartige Schildebürgerstreiche zum allgemeinen Gespött machen?

Hunger und Staatsform.

Jeder in der Agitation Tätige weiß, wie die unbefriedigte Lebensmittelversorgung von den Kommunisten für ihre politischen Zwecke ausgebeutet wird. Was es sich auch gehnisch um Folgererscheinungen des Weltkrieges handeln, für alles machen die Kommunisten die „bürgerliche“ Demokratie verantwortlich, uns Sozialdemokraten in erster Linie. Natürlich verheißten sie auch, daß mit dem Siege des Kommunismus alle Not ein Ende haben würde. Nun lesen wir in der „Rote Fahne“ vom Mittwoch, den 12. Oktober, in einem Propagandaartikel zur Unterstützung Sowjetrußlands (erste Beilage, erste Seite) wörtlich folgendes:

Immer dringender kommen die Hilferufe aus Rußland zu uns, und immer dringender wird es einfach Menschenpflicht, zu helfen. Wir, die wir hier, gemessen an dem Mangel dort, Ueberfluß an Brot, Fleisch, Fett und anderen guten Dingen haben und die wir selbst in den schwersten Kriegshungerzeiten doch nicht so den Hunger, den völligen Nahrungsmangel gekannt haben, können nur schwer zu einem lebendigen, qualvollen Selbstempfinden für die Leiden der zu Millionen zum Hungertode Verdammten kommen.

Wenn ein anderer den deutschen Arbeitern erzählt, daß sie Ueberfluß an Brot, Fleisch, Fett und anderen guten Dingen hätten, so würde die „Rote Fahne“ sich wohl nicht genug über dreiste Verhöhnung der Arbeiterschaft entrüsten können. Sie wird sich darauf berufen, daß sie nur von einem verhältnismäßigen Ueberfluß im Vergleich zu dem völlig verhungerten Rußland gesprochen habe. Aber gerade durch diesen Vergleich tritt die Verlogenheit der kommunistischen Agitation klar zutage. Denn wenn unser tatsächlicher und unbefriedigter Mangel gemessen an dem russischen Elend noch immer glänzender Ueberfluß ist, so kann unser Mangel unmöglich die Folge davon sein, daß wir uns nicht gleich Rußland zu den Grundstücken des Volkes

und die sonstige Lehr- und Forschungstätigkeit ausbaut. Infolge der Entwertung des deutschen Geldes kann an große eigene Grabungen Deutschlands, wie sie vor dem Kriege durchgeführt wurden, zunächst nicht mehr gedacht werden. Doch bleibt das Institut eine vortreffliche Schule für junge Gelehrte, die es allerdings bei dem gegenwärtigen in Griechenland für uns außerordentlich teuren Leben schwer haben werden; sie können sich aber durch Erteilen von Unterricht an der deutschen und an griechischen Schulen die Mittel zum Unterhalt erwerben.

Das Archäologische Institut und alle seine Mitglieder finden bei der griechischen Regierung volle Unterstützung; sie werden auch wieder wie vor dem Kriege bei den griechischen Ausgrabungen zugezogen und sogar beteiligt. Die reiche Bibliothek des Instituts wird von griechischen und fremden Archäologen benutzt, die Veröffentlichungen der verschiedenen Institute werden wieder ausgetauscht, und so knüpfen sich in Athen auf dem Gebiete der archäologischen Wissenschaften die durch den Krieg unterbrochenen Beziehungen der verschiedenen Nationen von neuem.

Leben auf dem Mond? Der bekannte Astronom der Harvard Sternwarte, Prof. W. S. Pidering, veröffentlicht in „Popular Astronomy“ einen Artikel, der die Ergebnisse seiner vom August 1920 bis Februar 1921 gemachten Beobachtungen wiedergibt.

Er bekämpft darin die bisher allgemein angenommene Ansicht, daß auf dem Mond alles Leben erloschen sei. Von einem der Krater, wie sie die Oberfläche des Mondes in großer Anzahl bedecken, hat Pidering viele Photographien angefertigt, und ist auf Grund dieser Aufnahmen der Ueberzeugung doch sich auf dem Mond Flächen mit Pflanzenwuchs befinden. Die Vegetation schließt nach der Ansicht des Astronomen an jedem Mondtag, der ja vierzehnmal so lang als unser Tag ist, mit ungeheurer Schwelligkeit auf. In den Kratern muß es nach Pidering Wasser und hinreichende Hitze geben; er will auch ausstrahlenden Rauch beobachtet haben. Piderings Erklärung geht dahin, daß die Sonnenstrahlen, wenn der Mond aus seiner Periode der Dunkelheit auftaucht, seine Oberfläche so stark erwärmen, daß in den Kraterfesseln das Pflanzenleben pilzartig aufwuchert. Dadurch sollen die wechselnden Beobachtungen auf der Oberfläche des Mondes erklärt werden, die den am Mars gemachten gleichen. Jemandem Erscheinung mineralischer oder unorganischer Natur könne die Ursache nicht sein. Uebrigens lassen die Blüten auch zeigen, daß auf dem Mond Birken- und Schneekörner, sowie vulkanische Ausbrüche häufig sind. Jedenfalls sei kein Zweifel, daß auf beiden Planeten Leben vorhanden sei, und daß wir also gewissmaßen „vor unseren Türen“ eine lebendige Welt anzuschauen hätten, deren Bedingungen in mancher Beziehung denen auf dem Mars gleichen, wenn sie auch äußerst verschieden von denen auf unserem eigenen Planeten seien.

Das erste Sonntag-Mittag-Konzert im Schiller-Theater Charlottenburg am kommenden Sonntag beginnt pünktlich 11½ Uhr und bringt unter Mitwirkung von Prof. Leonid Kreutzer, Beechovs-Meister, Leo in B-dur op. 97 und Schuberts Follies-Quintett, Margarete Amble, Ober singt wieder von Strauß, Nach u. a.

Erfindung oder Entwicklung?

In der heute herrschenden Geschichtsauffassung wird die Bedeutung des Einzelnen für die historische Entwicklung gewaltig übertrieben. Tüchtige Feldherren erscheinen in der bürgerlichen Geschichtsauffassung als der Motor der Weltgeschichte. Mit keinem Wort, oder bestenfalls ganz nebenbei wird die ökonomische Triebkraft der Geschichte aufgezeigt. Ebenso falsch ist das allgemeine Urteil über die kulturelle Entwicklung der Menschheit. Da heißt es einfach: Gutenberg hat den Buchdruck erfunden, v. Drais das Fahrrad, Stephenson die Lokomotive, Zeppelin das lenkbare Luftschiff usw. Mit dem Glorienschein des genialen Erfinders werden alle diese Männer umgeben. Staunend erfährt die Nachwelt von der überragenden, der fast zauberhaften Begabung dieser Erfinder. Sie erfährt aber nichts davon, daß nicht Genie und spontane Erfindung die Kulturgüter der Menschheit vervollkommneten, sondern daß die Arbeit der als Erfinder gerühmten Menschen vornehmlich in der Prüfung der bereits vorhandenen technischen Leistungen auf einem bestimmten Gebiet, in ihrer oft nur geringfügigen Ergänzung und vor allem in ihrer Ruhmvermehrung bestand.

Die Geschichte des Fahrrades ist dafür ein außerordentlich lehrreiches Beispiel. Bereits im 17. Jahrhundert existierten vierradige Bege, die durch die Antriebskräfte in Bewegung gesetzt werden konnten. Die im Jahre 1816 von Drais erfundene Grundform des heutigen Fahrrades, die „Draisine“, war bereits zwanzig Jahre vorher in Paris ausgetaucht. Das Nürnberger germanische Museum birgt gar eine der Draisine ähnliche „Laufmaschine“, die aus der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts stammen soll. In der 1816 „erfundenen“ Draisine war nichts neu, wie das lenkbare Vorderrod. Ueberall zeigte sich ein lebhaftes Interesse für dieses neue Verkehrsmittel. Dieses Interesse erlosch nach einigen Jahren wieder. Im Jahre 1882 versah ein Pariser Ingenieur das Vorderrod mit zwei Treibrädern, der Sattel wurde bequemer angebracht. Man versuchte zunächst, die Geschwindigkeit durch Vergrößerung des Vorderrades zu vergrößern, dieser folgte die Einführung der Kettenübertragung. Die Rolle war eine größere Gefährlichkeit. Zur Herabminderung der Gefahr wurde das Vorderrad wieder verkleinert und allmählich der Rahmen verbessert, bis die heute noch gebräuchliche Form des Fahrrades entstand, die vor etwa 25 Jahren durch billige Herstellungsmöglichkeit vom Luxus zum Gebrauchsgegenstand wurde.

Wesentlich war es mit der Erfindung des Buchdrucks. Ihre Grundform — Siegelring und Mäntelstempel — sind uralt. Bereits die Ägypter besaßen Siegelröhren, mit denen sie Texte in weichen Ton einprägten. Die Chinesen hatten schon Holzplatten mit eingeklebten Sätzen, die sie auf Papier druckten. Im Mittelalter wurden bereits in Europa Vordruckplatten für Initiale verwendet. Man sieht, daß für Gutenberg wirklich kein Zauberwerk mehr zu tun war.

Die „Erfindung“ der Lokomotive charakterisiert am trefflichsten ein Ausspruch ihres „Erfinders“ Stephenson. Er sagte: „Die Lokomotive ist nicht die Erfindung eines Mannes, sondern einer Nation von Maschineningenieuren.“

Die Jahrhunderte zurückweisende Vorgeschichte der Erfindung des lenkbaren Flugapparates ist allgemeiner bekannt. Sie weist

wismus bekannt haben. Natürlich wessen die Kommunisten auf die Blockade Russlands hin. Aber hiergegen ist zu bemerken, daß Russland vor dem Kriege Getreide in großen Mengen ausgeführt hat, während Deutschland seit Jahrzehnten einen großen Teil seiner Lebensmittel importieren mußte. Trotzdem bemerkt die „Rote Fahne“ ausdrücklich, daß der Hunger des im Weltkrieg blockierten Deutschlands nichts gewesen sei gegen den heftigen Hunger Russlands, obwohl doch auch Deutschland in seiner vierjährigen Blockadezeit die surartbare Missernte von 1916 und die nicht viel besseren Ernten von 1917 und 1918 gehabt hat. Die Kommunisten sollten nun endlich aufhören, in ihrer unwahrscheinlichen Weise die Sozialdemokratie für die Teuerung verantwortlich zu machen!

Das Militärtuch der Sicherheitswehr.

In der gestrigen Sitzung in Köln wurde Staatssekretär Freund als Zeuge vernommen. Er gibt Auskunft über die Einrichtung der Beschaffungstelle der Sicherheitswehr. Sie war eine sehr wenig geordnete Organisation, die sich aus den damaligen Zeitläufen erklärte. Die Stelle war der Polizeidirektion des Ministeriums lose angegliedert, nur bei ganz wichtigen Dingen wurde dem Minister Vortrag gehalten. Der erste Auftrag für die Tuchbeschaffung ist Anfang Januar 1920 durch Minister Heine erteilt worden. Das zweite Geschäft wurde von Severing genehmigt. Später erhob die Reichsbekleidungsstelle und die Brauindustrie Klage über die Art, wie das Geschäft zustande gekommen sei.

Rechtsanwalt Dr. Alsborg: Wurde nicht in einer Sitzung des Staatsministeriums das Tuchgeschäft besprochen und kam man nicht auf Grund der vorgelegten Beweise zu dem Ergebnis, daß dieses Geschäft äußerst vorteilhaft war? Zeuge Freund: Dieser Sitzung habe ich nicht beigewohnt. Rechtsanwalt Dr. Alsborg: Wurde nicht bei Besprechung des Tuchgeschäftes festgestellt, daß bei einer großen Reihe von deutschen Tuchfabriken angefragt worden war, und daß diese überhaupt nicht so große Mengen Tuch liefern konnten, oder aber viel höhere Preise forderten? Der Zeuge bestätigt dies. Weiter fragt Rechtsanwalt Dr. Alsborg, ob es richtig sei, daß in einer Sitzung des Reichskabinetts Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, der bekanntlich sonst möglichst gegen jede Eingangsbescheinigung war, in diesem Falle für die Erteilung des Auftrags war, weil dieses Tuch äußerst billig und in Deutschland nicht zu beschaffen sei.

Zeuge Freund: Herr Hirsch und ich waren in der Sitzung des Reichskabinetts der Ansicht, daß die Genehmigung erteilt werden mußte.

Der Tuchfachverständige Neuberger bestätigt die Schwierigkeiten der Tuchbeschaffung in damaliger Zeit.

Als nächster Zeuge wird Geheimrat v. Priestorff vernommen. Er wurde nach dem Kapp-Putsch vom Minister Heine mit der Leitung der Polizeidirektion betraut. Die Sicherheitswehr war damals völlig zusammengebrochen. Die Leute verlangten Uniformen. Einen großen Teil der Verluste schob man dem Umstand zu, daß bei der Sicherheitswehr 30 000 Mann nicht uniformiert waren und in Lumpen herumliefen. — Vorj.: Es wird gefordert, daß reelle Kaufleute abgewiesen worden seien, daß sich aber alle Türen geöffnet hätten, wenn Schieber gekommen seien. — Zeuge v. Priestorff: Ich behaupte, daß mir nie solche Gerüchte zu Ohren gekommen sind. Für die Herren kann ich einstehen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß Beschenke gemacht worden sind, um ins Geschäft hineinzukommen. — R. A. Dr. Alsborg: Hat sich Minister Severing um dieses Geschäft direkt gekümmert? — Zeuge: Ich glaube nicht.

Der Zeuge Agent Daniel war für die Beschaffungstelle tätig. Als sich Henseler um die Tuchlieferung bemühte, habe er selbst im Auftrage der Beschaffungstelle bei der deutschen Industrie angefragt. Er habe aber nirgends eine so große Bestellung anbringen können. Die Firma Schöller in Düren, die größte deutsche Fabrik für diesen Artikel, habe erklärt, daß für den Preis nicht geliefert werden könne. Außerdem konnte Schöller nicht mehr als 30 000 Meter im Jahre liefern.

Rechtsanwalt Richard Wolff-Berlin verweist darauf, daß nach den Akten Severing ausgesagt habe, Geheimrat von Priestorff sei wegen des Tuchgeschäftes seines Amtes enthoben und durch Hegg ersetzt worden. — Der Zeuge v. Priestorff erklärt, daß er nicht verstehe, wie Severing derartiges habe angeben können. Der Zeuge wird dem Minister Severing bei dessen Vernehmung an einem der nächsten Tage gegenübergestellt werden.

Die Abrechnung mit Dominicus.

Der Kellner des preussischen Landtages hat beschlossen, daß die sozialdemokratische Interpellation über die preussische Innenpolitik auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt wird. Die Besprechung der großen Anträge, die den Fall des ehemaligen Breslauer Polizeipräsidenten v. Liebermann betreffen, soll hiermit verbunden werden. Damit dürfte der Konflikt erledigt sein, der sich aus der gestrigen Absehung der Interpellation von der Tagesordnung ergeben hat.

Die Karlstengefahr.

Wien, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Graf Julius Andrássy, das Oberhaupt der ungarischen Regimisten, und einer der Organisatoren des ungarischen Bändenkrieges gegen das friedliche Deutschland, ist am Dienstag in Wien eingetroffen, um an einer Konferenz der Friedensgesellschaft teilzunehmen. Die „Arbeiter-Zeitung“ verlangt, daß dieser taktlose Herr, der überdies der letzte Außenminister der Habsburgerherrschaft gewesen ist, unter gebührender Kontrolle gestellt wird.

Gestern abend um 7 Uhr wurde in der vordersten Linie des Grenzschiebes gegen Ungarn ein habsburgischer Oberst a. D. angehalten, der sich verdächtig gemacht hatte, und über den Grund seiner Anwesenheit an der Front keine Auskunft geben konnte. Man verhaftete ihn und schickte ihn nach Wiener-Neustadt.

Der Arbeiterschaft hat sich tiefe Erregung bemächtigt. Heute abend finden in allen Bezirken Wiens sozialdemokratische Bezirkskonferenzen statt mit der Tagesordnung: die innen- und außenpolitische Lage und die nächsten Aufgaben.

Die neue Irredenta.

Rom, 12. Oktober. (W.F.) Die vier deutschen Abgeordneten Südtirols legen in einem Schreiben an die Presse die Gründe ihrer Abwesenheit beim Empfange des Königs von Italien gelegentlich seines Besuchs in Südtirol dar. Sie sagen, die Regierung befriedige die von den Vertretern von Oberitalien geäußerten Wünsche nicht, die Sprache der Presse sei gegen Land und Bevölkerung. Es fehle eine Regierungserklärung, um ihre Nationalität, ihre historischen Rechte und Gewohnheiten zu schützen und die Verfassungen und die Bestimmungen, das Land zu italienisieren, indem man den Kindern durch Besuch italienischer Schulen die italienische Nationalität aufzwingt. Beamte deutscher Nationalität durch Italiener ersetze, die militärische Dienstpflicht erweitere, eine Kommission zur Erforschung deutscher Ortsnamen durch Italiener ersetze, die Freiheit der deutschen Presse einschränke. Die deutschen Abgeordneten schließen mit dem Satz, alle hätten das Gefühl, Oberitalien sei erobertes Land.

Senator Knox gestorben. Der ehemalige Staatssekretär Senator Knox ist infolge eines Schlaganfalles in Washington gestorben. Senator Knox war einer der eifrigsten Vorkämpfer eines Sonderfriedens der Vereinigten Staaten mit Deutschland.

Groß-Berlin

Spitzenkandidat bei den Deutschnationalen.

An die Spitze von Kandidatenlisten stellt begreiflicherweise jede Partei diejenigen Personen, auf deren Wahl sie besonderen Wert legen muß. Wie wir aus den für die Bezirksverordnetenwahlen Neufällin eingereichten Kandidatenlisten ersehen, ist Spitzenkandidat bei den Deutschnationalen ein Diplomingenieur Gaudig. Das ist derselbe zeitweilig als Oberlehrer beschäftigt gewesene Herr Gaudig, der am Montag vor dem Schöffengericht Neufällin als Kläger auftrat, aber eine nicht beneidenswerte Rolle spielte. (Vergl. unseren Bericht in Nr. 479.) Dieser Gaudig hatte, das sei hier nochmals festgestellt, in der „Deutschen Tageszeitung“ annonciert, daß er für erholungsbefürdigte Kinder deutschnationaler Eltern bei Landwirten unentgeltliche oder mäßig vergütete Aufnahme suchte. Angebote erbat er an sich selbst, der sich mit Name und Wohnung und mit dem Zusatz „Vorstand der Ortsgruppe Neufällin der Deutschnationalen Volkspartei“ unterzeichnet hatte. Die eingehenden Meldungen ergaben schließlich nur drei Stellen, und zwei davon besetzte Gaudig mit seinen eigenen Kindern. Weil ihm in einer Broschüre eines Neufälliner Deutschnationalen das und anderes zum Vorwurf gemacht wurde, legte er. Vor Gericht erklärte er, anfänglich habe er nur für seine eigenen Kinder einen Vandaufenthalt gesucht, erst hinterher habe er an Verschickung auch von Kindern seiner deutschnationalen Parteigenossen gedacht. Da habe er dann diese Form der Annonce gewählt, sich aber nach wie vor für berechtigt zur Verschickung seiner eigenen Kinder gehalten. Die rechtsstehende Presse schweigt über diesen Prozeß. Wir empfehlen unseren Genossen und Genossinnen, besonders die mit Kindern gesegneten Unterbeamten darüber aufzuklären, wie Herr Gaudig, Vorstand der Ortsgruppe Neufällin der Deutschnationalen Volkspartei und jetzt ihr Spitzenkandidat, die Verschickung von Kindern deutschnationaler Eltern betrieb.

Die SPD.

war bei der Landtagswahl am 20. Februar die weitaus stärkste Partei in Berlin

Der 16. Oktober muß jedem zeigen, daß wir unaufhaltsam vorwärts schreiten

Wir müssen auch in der Stadtverordnetenversammlung als größte Partei einziehen. Deshalb werbt unablässig

jede Stimme für die SPD.

Unterhaltssame Glossen zur Wahl.

Der Gutsbezirk in Berlin.

Die neue Berliner Großgemeinde setzt sich bekanntlich aus ehemaligen Stadt- und Dorfgemeinden und Gutsbezirken zusammen. Die wenigsten aber werden wissen, daß sich mitten in dem ursprünglichen alten Berlin, umgeben von Hunderten von Strohen und Laubenden von Häusern, auch ein Gutsbezirk befand, der erste und vornehmste des Landes: Das ehemalige kaiserliche Schloß bildete nämlich bis zum 8. November 1918 einen Gutsbezirk für sich, und in diesem winzigen kleinen Bezirk hatten die Kriessoldaten und ihre Vertreter nichts zu sagen. Im Gegenteil, der „Gutsbezirk“ des „Gutsbezirks Berlin Schloß“ — so der offizielle Name — distanzierte den Berliner freisinnigen Stadtvater seinen allerhöchsten Willen, und die Freisinnigen nahmen alles hin, was von oben kam, den Befehl sowohl wie die roten oder violetten Güte und die Kronenorden und vertietten damit das Volk an den Herrscher. Wer will diesmal so dumm sein, diesen Freisinnigen, die sich heute Demokraten nennen, auch nur eine Stimme zu geben?

Nächstlich-nationaler Dorfputz.

Im 10. Bezirk Zehlendorf, wo die Monarchisten und Reaktionäre bekanntlich so zahlreich sind wie die Heuschrecken in Afrika, hat sich vor einigen Wochen im alten Dorfteil Zehlendorf folgendes erbauliches Stücklein abgespielt. In der Dorfsaule hatte man bereits vor dem Krieg auf einem Sockel eine Bronzestatue des alten Kaisers aufgestellt. Als im Krieg das Vaterland in Not geriet, wurden die Gemeinden verpflichtet, Denkmäler ohne künstlerischen Wert abzuliefern. Auch die Zehlendorfer Kaiserbüste mußte, weil ohne Kunstwert, daran glauben. Eines Tages war die Büste verschwunden und jedermann sagte: Auch Zehlendorf opferte — angeblich — sein Scherstein auf dem Altar des Vaterlandes. Aber Wunder über Wunder, im Jahre des Heils 1921 war eines Frühmorgens die Büste wieder auf ihrem Platz. Die Zehlendorfer Patrioten hatten sie dem in Not befindlichen Vaterland glatt unterschlagen und in einer Rumpfkammer aufbewahrt. Im dritten Jahre nach der Revolution schien ihnen der Zeitpunkt gekommen, ganz heimlich über Nacht die Büste wieder aufzustellen. Und der Bezirksbürgermeister Dr. Köster, der in seinem Amtszimmer ungefähr zu der gleichen Zeit das Kaiserbildnis wieder aufgehängt hat, dudet derartiges. So steht die Kaiserbüste auch heute noch in der Zehlendorfer Dorfsaule und horrt der Zeit, die diesem unwürdigen Spul ein Ende bereitet. Die Zeit ist da. Ein Wahlzettel kann stärker sein als eine bronzene Kaiserbüste. Aber nur ein sozialdemokratischer.

Nobler Kampfesweise.

Ein Pump der „Freiheit“ beim „Lokal-Anzeiger“.

Der deutschnationale „Lokal-Anzeiger“ hat in der Reihe seiner Artikel über die Stadtverordnetenwahlen auch eine Betrachtung über die Wahlpflicht gebracht. Seinem Urteil, daß die Wahllosen als Verräter anzusehen sind, muß jeder beistimmen. Der vom „Lokal-Anzeiger“ an die bürgerlichen Kreise gerichtete Aufruf, am Tage der Wahl ihre Pflicht zu tun, möge auch von unseren sozialdemokratischen Wählern beherzigt werden! Der Artikel des deutschnationalen Blattes schließt mit der Betonung, daß es auf die Mobilmachung aller Bürgerlichen ohne Unterschied der Partei ankommt. Er mahnt die Wähler der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei: „Es wiegt diesmal alles in eine Schale. Nur wählt!“

Die „Freiheit“ der Unabhängigen druckt einen beträchtlichen Teil der Redaktionen des „Lokal-Anzeigers“ ab und empfiehlt sie dringend zur Beachtung. Außerdem legt sie ihren Lesern die folgende Bemerkung des „Lokal-Anzeiger“-Artikels vor: „Tut doch diesen Mehrheitssozialisten den Gefallen und befreit sie aus der Knechtschaft der Kommunisten! Sie werden euch dafür beschimpfen; aber sie werden in den tiefsten Tiefen ihres Herzens euch dankbar sein. Sie möchten ja so gern anfangen, vernünftig zu sein.“ Im Anschluß daran spricht das Unabhängigen-Blatt von einem „wunderbaren Gemisch der bürgerlichen Parteien und der allmählich „denkfähiger“ werdenden Sozialdemokratie“. Bei der „Freiheit“ ist

die Armut an eigenen Gedanken so groß, daß sie zur Bekämpfung der Sozialdemokratie einen Pump beim „Lokal-Anzeiger“ anlegen muß. Die Kampfesweise, die man in diesen Wochen der Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen bei dem deutschnationalen Blatt erlebt hat, scheint dem Blatt der Unabhängigen den „Lokal-Anzeiger“ nicht verehelt zu haben. Wenn von Bürgerlichen

ein Hausen Dred

gegen die Sozialdemokratie geschleudert wird, so findet sich für die „Freiheit“ darin immer noch etwas, was sie aufblaubt.

Aus dem Artikel des „Lokal-Anzeigers“, dem die „Freiheit“ ihr Zurückgeschick gegen uns entnahm, verdient einer weiteren Öffentlichkeit noch einiges mehr bekannt zu werden. Er beginnt mit folgenden auch von der „Freiheit“ wiedergegebenen Sätzen: „Das Wetter ist wieder verflucht schön. Werden die Berliner am Sonntag wieder finden, daß es zu schön ist, um sich eines Wahlzettels, eines einzigen Wahlzettels wegen etwas von seinem Spaziergang abzubrechen?“ „Dann werden sie sich auch am Montag wieder in der Gasse finden!“ fährt der „Lokal-Anzeiger“ fort. Aber diesen Satz, der sofort die Tendenz des „Lokal-Anzeiger“-Artikels erkennen läßt, hat die „Freiheit“ ihren Lesern voranhalten. Bei dem Wort „Gasse“ soll der „Lokal-Anzeiger“-Leser an den gescheiterten Sieg der sozialistischen Parteien denken. Weiter sagt der Artikel: „Wenn Berlin noch den Erfahrungen dieses Jahres die Diktatur seines Lumpenpöbels nicht los wird, dann hat es eben die Stadtverordnetenversammlung, die es verdient.“ Auch diesen Satz mit seiner Beschimpfung der sozialistisch gesinnten Arbeiterbevölkerung gibt die „Freiheit“ nicht wieder, damit ihre Leser nicht merken, aus was für einem Dreckhaufen sie ihr Waffenarsenal beschert hat.

Gegenüber dem „Lokal-Anzeiger“ fällt uns das Wort des von dem deutschnationalen Blatt verehrten „Allen Frähen“ ein: „Mit solchem Pack muß man sich herum schlagen!“ Gegenüber der „Freiheit“ überlassen wir es unseren Genossen, dieses Wort entsprechend zu ändern. Im übrigen aber wiederholen wir:

Tut am Tage der Wahl eure Pflicht!

Wieder ein Einbruch bei der Post.

Ein verwegener Einbruch wurde in die Räume des Postamts 77 in der Luckenwalder Straße verübt. Hier hat die Post-Beobachtungsstelle untergebracht. Von den Gleisen der Hochbahn drangen die Verbrecher nachts gegen die Lagerräume vor, sagten die Eisenstangen einer Fenstersicherung durch und verschafften sich so Eintritt. Unbemerkt holten sie für 150 000 Mark die neue Herrenstoffe heraus und schafften sie, wie die Nachforschungen ergaben, auf einem Handwagen weg. Die Kriminalpostdienststelle, die sofort die Ermittlungen aufnahm, stellte alsbald fest, daß der Handwagen mit der Ladung früh morgens in der Klosterstraße von einer Postpatrouille angehalten worden war. Die Einbrecher ergriffen die Flucht und ließen ihre Beute im Stich. Der Handwagen gehört einem Gemischtwandler in der Böhmische Straße. Von ihm hatte ihn der Schlosser Gustav Koh aus der Breitenstraße Straße 29 unter der Vorpiegelung gehorgt, daß er Kartoffeln vom Bahnhof abholen wolle. Koh ist seitdem flüchtig und wird ebenso wie seine unbekanntem Spiegelgesellen eifrig gesucht. Nach Lage der Sache müssen sich unter diesen auch Leute befinden, die auf dem Postamt dienstlich zu tun gehabt haben. Mittellungen, die zur Aufklärung beitragen können, nimmt die Kriminalpostdienststelle in der Friedrichstr. 129 entgegen: Anruf Norden 9875.

Der Versuchung erliegen.

Den Segen der bedingten Begnadigung auch für erwachsene Angeklagte zeigte ein vor dem Schöffengericht Berlin-Nichtenberg verhandelter Fall. Vor Gericht stand eine noch nicht vorbestrafte Arbeiterwitwe, die unter Tränen ein volles Bekenntnis ihrer Verfehlung ablegte.

Die Frau war, da sie sich um ihre zwei kleinen Kinder im Haushalt zu kümmern hatte, längere Zeit ohne Arbeit gewesen. So war sie in Not geraten, und es kam noch hinzu, daß sie sich aus Mitleid dazu bereitgefunden hatte, eine andere Arbeiterin bei sich aufzunehmen, der sie für 30 M. wöchentlich volle Kost und Pension gab, womit sie aber nicht auskommen konnte. Als nun aber eines Tages ein Brief aus Amerika von der Mutter der Mitbewohnerin kam, ließ sich die Angeklagte zunächst aus Neugier dazu verleiten, den Umschlag ganz zu öffnen, und fand hierbei einen Scheck von 6000 M. vor. Sie hob dann das Geld unter Fälschung des Namens ab und verbrauchte es für sich.

Der Staatsanwalt beantragte, da hier ein schwerer Vertrauensbruch vorlänge, 2 Monate Gefängnis. R. A. Dr. Schweiger bat, der Angeklagten, die ein Opfer der Versuchung geworden sei, dies zugute halten und ihr neben einer mildereren Strafe auch die Wohlthat der bedingten Begnadigung zuteil werden zu lassen. — Das Gericht erkannte trotz der Schwere der Tat mit Rücksicht auf die vorhandenen mildernden Umstände nur auf 6 Wochen Gefängnis und beschloß, Ermittlung darüber anzustellen, ob bei dem Vorleben der Angeklagten die Bewährung der bedingten Begnadigung angebracht sei.

Städtisches Weltpanorama Neufällin. Das Bezirksamt hat beschlossen, den Klassenweisen Besuch des Instituts durch die Schulen in Zukunft unentgeltlich stattfinden zu lassen. In dieser Woche zeigt das Panorama Bilder aus Finnland.

Die Charlottenburger Waldschule für Gemeindefachkinder wird im Winterhalbjahr 1921/22 weiter für 40 Kinder offengehalten. Da dem Bezirksamt für das Winterhalbjahr keine Mittel bewilligt worden sind, werden die von verschiedenen Firmen und Privaten in dankenswerter Weise für die Gemeindefachschule zur Verfügung gestellten Beträge zur Deckung der entstehenden Kosten verwendet.

Das Oberstecker-Gilfweier, das bisher seine Landgeschäftsstelle unter den Linden 78 hatte, teilt mit, daß vom Freitag, den 14. Oktober, ab die Hauptgeschäftsstelle sich im Schloß Bellevue befindet. Alle Anträge, Anschriften usw. müssen nun diesem Tage an unter Angabe der genauen Anschrift: Hauptgeschäftsstelle des Oberstecker-Gilfweier 13 nach Schloß Bellevue gerichtet werden.

Die Gilde Kalks, Vereinigung Kalkmühlener Wanderhölzer, beantragt am kommenden Freitag 7 Uhr morgens in der Klosterstraße zu Berlin eine öffentliche Frühmesse.

Philosophische Kurse des Genossen Dr. Max Abel: Donnerstag 7 1/2 — 9 Dorothienstraße 12; Anleitung zum philosophischen Denken; Freitag 7 1/2 — 9 Reichenburger Str. 4a: Einführung in die Philosophie.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und zeitweilig auffarend, jedoch überwiegend neblig oder wolkig bei größtenteils schwachen, vorherrschend südwestlichen Winden. Keine wesentlichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

108. H. L. Abend. Heute abend 6 Uhr Flugblattdruckerei von den Bekannten kofalen aus.

Große öffentliche Wählerversammlungen.

- 12. Kreis Steglitz: 8 Uhr im Gymnasium Heesestraße. Referent: Landtagsabgeordneter Gehrmann.
- 16. Kreis Spandau: 7 1/2 Uhr im Stadttheater, Alter Markt. Referent: Herr Silberstein, M. d. R. Thema: „Der Kampf ums Rote Haus in Berlin“.
- 17. Kreis Mahlsdorf: Morgen Freitag 7 1/2 Uhr bei Kubers, Behnhofstraße. Referent: Frau Elfr. Agnes, M. d. R.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Erklärung der Gastwirtsangestellten.

Zu dem Verständigungsversuch des Polizeipräsidenten Gen. Richter erklärt das Kartell der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen:

„Das Kartell verbürgt sich dafür, daß von dem Augenblicke an, wo sich die Parteien an den Verhandlungstisch setzen, um auf der Grundlage des Schiedspruches vom 23. September einen neuen Tarif zustandezubringen, die Abwehraktion der Arbeitnehmer sich noch mehr als bisher streng darauf beschränken würde, die Tätigkeit der Streitposten und die Flugblattverteilung so zu gestalten, wie es der Herr Polizeipräsident gestern selbst als zulässig und berechtigt bezeichnet hat. Das Kartell wird ferner dafür Sorge tragen, daß die am heutigen Tage eingestellten Notstandsarbeiten zu derselben Zeit in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.“

Kampfstimmung bei den Konditoren.

Das in Konditoreien beschäftigte Personal war am Mittwoch zahlreich zu einer allgemeinen Sektionsversammlung erschienen, um zu prüfen, wie sich die Arbeitgeber vor dem Tarif zu drücken versuchen. Hierzu referierte Thieme. Der Schiedspruch vom 12. September wurde von der Arbeitnehmerschaft abgelehnt, die Arbeitgeber nahmen ihn an und beantragten die allgemeine Verbindlichkeit. Der Demobilisierungskommissar lehnte diesen Antrag ab. Der Verband der Bäcker und Konditoren hat nun sofort nach Ablehnung des Schiedspruchs neue Forderungen eingereicht, der aufgelöste Interessentenverein hat die Forderungen an Obermeister Lohau weitergegeben. Dieser sagte dann: Bevor verhandelt werde, müsse der Gehilfenausschuss der neuen Innung gewählt werden und mit dem werde man verhandeln. Die Verbandsvertretung des Personals drängte dann auf Verhandlungen mit einer etwa bestehenden Ueberleitungskommission der Arbeitgeber, deren Existenz schließlich zugegeben wurde. Herr Lohau übernahm es, an diese die Forderungen zu leiten, die von den Funktionären am 26. September aufgestellt wurden. Am 1. November läuft der Tarif ab. Wir haben zu entscheiden, führte Thieme aus, ob wir uns noch länger an der Nase herumführen lassen. (Bisfache Zurufe: Nein, nein!) Aber wir werden auch nicht das Obium auf uns laden, tariffrühling zu werden. Für den 1. November haben wir nach den Sophienfällen eine Versammlung einberufen. Wenn die Herren Arbeitgeber sich bis dahin nicht bemüht haben, mit uns zur Verständigung zu kommen, dann wird man wissen, was in der Versammlung zu geschehen hat. Ich will damit nicht sagen, daß am dem Tage der Streik ausbricht. Wir werden uns den Tag aussuchen, der uns am passendsten erscheint. (Lebhafte Beifall.)

Der gelbe Bäckergefellensbund nicht tariffähig.

Vom Reichsarbeitsministerium wurden wiederholt die vom gelben Bäckergefellensbund abgeschlossenen Tarife für verbindlich erklärt. Unzulässig eines Antrages der gelben Ortsgruppe in Eisenach, den mit der dortigen Innung der Bäckermeister abgeschlossenen Tarif für verbindlich zu erklären, gegen den von der Gewerkschaft Protest erhoben wurde, ersuchte der Reichsarbeitsminister den Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats um eine gutachtliche Äußerung betreffend die Tariffähigkeit des gelben Bäckergefellensbundes. Der Sozialpolitische Ausschuss schloß nachstehenden Beschluß:

„Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beantwortet das Schreiben des Reichsarbeitsministeriums dahingehend, daß er den Bund der Bäcker (Konditoren) Gefellens Deutschlands als eine tariffähige wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer des Bäckergewerbes nicht anerkennen kann, da der Bund sowohl nach seiner Entstehung als auch nach seinem Verhalten sich als eine von den Arbeitgebern abhängige Organisation erweist und auch der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nach seinem Beschluß vom 30. Juli 1921 diesen Bund als eine wirtschaftsfremde (gelbe) Organisation bewertet, die nach Ziffer 3 der Vereinbarung vom 15. November 1918 weder einer Spitzenorganisation der Gewerkschaften, noch einer Reichsarbeitsgemeinschaft angehören kann.“

Für die Deffentlichkeit beachtenswert sind die Eingeständnisse des Vorsitzenden vom Bäckermeisterinnungsverband, der in der Sitzung als Sachverständiger der Arbeitgebergruppe vernommen wurde. Er erklärte, daß die Innungen den gelben Bund niemals aus durchsichtigen Absichten finanziell unterstützt hätten, seine Tariffähigkeit also aus diesem Grunde nicht angezweifelt werden könne. Es wird also zugegeben von dem berufenen Vertreter der Bäckermeister, daß die Innungen den gelben Bäckergefellensbund finanziell unterstützen. Bei allen aufwärtsstrebenden Bäckergehilfen wird sich nach diesem Vorgang die Anschauung durchdringen, daß ihre wirtschaftliche Lage nur durch die freie Gewerkschaft verbessert werden kann.

In einer Versammlung sämtlicher Angestellten der städtischen Werke berichtete Fritz Schmidt über die Tarifverhandlungen mit dem Magistrat. Der Redner führte aus, daß die Verhandlungen sich ungemein schwierig gestaltet haben. Eine vierwöchige Verhandlungszeit habe nicht ausgereicht, um eine Entscheidung herbeizuführen. Endlich sei die Verhandlungskommission zu dem Entschluß gekommen, dem Magistrat völlig neue Vorschläge zu unterbreiten und eine kurzfristige Antwort zu verlangen. Auf Titel komme es uns nicht an, sondern auf die Anerkennung des Grundsatzes, daß die Arbeit in den werkenden Betrieben höher zu bewerten sei, als die Tätigkeit in den Verwaltungsbetrieben.

Von Leeß wurden die Ausführungen des Referenten noch im gleichen Sinne ergänzt. Es müsse mehr kaufmännischer Geist in den städtischen Werken walten, um ihre Rentabilität zu heben.

Nach einer kurzen Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die versammelten Angestellten sich mit den Ausführungen der Referenten vollständig einverstanden erklärten und sofortige Einreichung der neuen Vorschläge und eine sofortige Entscheidung des Magistrats darüber verlangten.

Der Landesverband der Medizinalpraktikanten in Preußen machte das Reichsministerium des Innern darauf aufmerksam, daß die durch die Zeitverhältnisse geschaffene Lage der Medizinalpraktikanten eine ähnliche sei wie die der Volontärärzte der Chorität und drang auf eine schnelle Besserung der Zustände, sonst würden die Medizinalpraktikanten gezwungen sein, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Der Vertreter des Ministers versprach Abhilfe.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen des heimischen Großhandels beschäftigten sich in einer sehr stark besuchten Versammlung abermals mit der Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes über die ultimativ eingereichten Forderungen. Fuhrmann teilte mit, daß die Arbeitgeber am Freitag zu Verhandlungen bereit seien. Ferner habe sich der Arbeitgeberverband an den Demobilisierungskommissar um Vermittlung gewandt; durch das Eingreifen des Transportarbeiterverbandes sei es möglich gewesen, den Termin auf Freitag 5 Uhr festzusetzen. Es wurde den Anwesenden folgender Vorschlag unterbreitet:

Von dem gefassten Streitbeschluss zunächst Abstand zu nehmen und das Ergebnis der Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar abzuwarten. Werden keine weiteren Zugeständnisse gemacht, dann soll erneut Stellung genommen werden. Sämtliche Diskussionsredner lehnten den Vorschlag ab und verlangten sofortige Arbeitsniederlegung. Gegen eine große Minorität gelangte der Vorschlag schließlich doch zur Annahme.

Sollten aber die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar kein zufriedenstellendes Zugeständnis zeitigen, ist die Arbeitsniederlegung bereit, das letzte gewerkschaftliche Mittel der Arbeitsniederlegung in Anwendung zu bringen.

Der Schiedspruch für die Portiers in Geschäfts- und Industriehäusern, Jahrsfuhrer, Heizer, Wächter und Reinmachefrauen beschäftigte eine Branchensammlung. Bittermann gab den Bericht von den Verhandlungen und hob hervor, daß der Schiedspruch bei weitem nicht das gebracht habe, was die Tarifkommission von den Unternehmern forderte. Um aber eine tarifliche, wenn auch eine nicht den Zeitverhältnissen entsprechende Entlohnung sicherzustellen, empfahl der Berichterstatter im Auftrage einer Branchensanktionskommission die Annahme des Schiedspruchs. In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern bedauert, daß der Schiedspruch in seiner Weise den berechtigten Forderungen Rechnung trägt, und betont, daß die durch Ablehnung der Arbeitgeberseite geschaffene Situation dessen Annahme erfordere, um bei einem späteren Termin

erneute Forderungen stellen zu können. Gegen wenige Stimmen wurde der Schiedspruch angenommen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung werden die sozialistischen Fraktionen im Stadtparlament beauftragt, „schnellstens dahin zu wirken, daß von Gesetzes wegen dafür gesorgt wird, daß für die in Geschäfts- und Industriehäusern, sowie in Luxuswohnhäusern beschäftigten Portiers, Jahrsfuhrer und Wächter endlich das Existenzminimum geschaffen wird“.

Die kaufmännischen Angestellten im Kohlenhandel nahmen in einer Mitgliederversammlung zu dem Angebot der Unternehmer Stellung. Wille teilte mit, daß die Arbeitgeber 20 Proz. auf das Tarifgehalt bewilligen und die Kinderzulage von 50 auf 100 M. erhöhen wollen. Die Versammlung bezeichnete das Angebot der Unternehmer als ungenügend und beauftragte die Verhandlungskommission, nochmals mit dem Verband der Berliner Kohlenhändler Fühlung zu nehmen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Freitag 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelwälder 24, Versammlung der Klavierarbeiter. Beschlußfassung über das Ergebnis der Verhandlungen.

Metalle (Metallindustrie). Die Kommissionsmitglieder kommen Freitag 5 Uhr in der Geschäftsstelle des Ortsrates zusammen.

Die Stellungnahme der Kfz-Funktionäre der Metallindustrie ist dem Verband Berliner Metallarbeiter mitgeteilt worden. Die Mitteilung aller weiteren Maßnahmen erfolgt, sobald das Kurierheftchen der Arbeitgeber eingetroffen ist. Alle Fragen, die einzelne Betriebe oder solche betreffen, die dem BMBZ nicht angehören, können erst beantwortet werden, wenn die Kommission neue Beschlässe gefaßt hat. Wir erlauben, die Arbeiterpresse zu verfolgen.

Zentralverband der Fleischer. Freitag 7 Uhr Versammlung der Fleischerinnen und -männer in den Lebensversicherern im „Englischen Hof“, Alexanderstraße 70. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen.

Wirtschaft

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes.

Die im Großhandel beobachtete Steigerung der Preise prägt sich nunmehr auch im Kleinhandel deutlicher aus. Die zunehmende Verteuerung kommt besonders scharf in der Lebensmittelpreisstatistik zum Ausdruck. Die von R. Calmer auf Grund der Berichte von rund 200 Plätzen berechnete Indexziffer, die den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, pro Woche in Mark angibt, zeigte nach den monatlichen Ueberblicken über Lebensmittelpreise* in den Monaten April bis September folgende Bewegung:

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes je Woche in Mark			
April	351,27	Juli	350,04
Mai	353,14	August	350,98
Juni	351,55	September	360,59

Im Vergleich zum September 1920 ergibt sich eine Steigerung der Kosten des Nahrungsmittelaufwandes um 125,64 M. pro Woche. Für September 1919 berechnete sich die Indexziffer auf 95,67 M. Im Vergleich zur Vorkriegszeit (September 1918 = 25,78 M. haben sich die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes etwa auf das Sechsfache erhöht.

Englands Außenhandel. Der Wert der englischen Einfuhr betrug im September 87 118 507 Pfund Sterling, das sind 85 638 620 Pfund Sterling weniger als im September 1920. Der Export betrug 85 247 578 Pfund Sterling, das sind 62 208 335 weniger als im Vorjahre, und die Wiederausfuhr betrug 8 594 644, das sind 4 735 964 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der „Observer“ bezeichnet obige Zahlen, die einen riesigen Mangel in der Ein- und Ausfuhr aufweisen, als ein Zeichen für die ernste Lage des britischen Handels.

Argentinische Eisenbahnaufräge für Deutschland. Nach argentinischen Blättermeldungen hat die argentinische Eisenbahnverwaltung nach Deutschland Bestellungen auf Eisenbahnmateriale im Betrage von zwei Millionen Goldpesos in Auftrag gegeben. Der Lieferungskontrakt schreibt vor, daß Deutschland diese Summe zum Ankauf argentinischer Wollse verwenden muß.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Heiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Bornhöft-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhöft-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8.

Der Wunsch



Der Schlüpfer
auch mit Gürtel zu tragen, aus guten reisselnden gestreiften Flousschstoffen in mehrer. Farben
nur: 275,-

Das Kleid
aus dunklen Stoffen mit mehrfarbig. hübschen Durchzug u. den beliebten Seitenteilen
nur: 135,-

sich bei der heutigen allgem. Feuerungswelle mit Herbst- u. Winterkleidung möglichst preiswert zu versorgen, dürfte durch dieses Angebot in Erfüllung gehen.

Täglich treffen noch große Lieferungen von unseren frühen Herbst- und Winter-Einkäufen ein, von denen Sie heute Ihren Nutzen ziehen können.
Besuch vormittags empfehlenswert!



Mädchen-Mäntel
von 69,- an

Mädchen-Kleider
von 53,- an

Siegmund
Eisenstaedt

Im Frankfurter Allee 72 Im Schönberg Hauptstr. 154
Osten: Nähe Ringbahnhof Westen: Nähe Potsdamerstr.

Einer sagt's dem andern

Gold-, Silberbruch und Gegenstände Zahngebisse
einz. Zähne b. 100 M.

Münzen sammlig. Uhren, Ringe, Ketten, **Fingerringe** usw. verkauft man am vorteilhaftesten nur bei d. bek. renom. Firma **Richard Herrmann**, Wilhelmstraße 39, Ecke Kochstr., nahe Anhalt u. Potsd. Bh.

Edelmetall-schmelze

Jeder Bezueher des Kommentars zum Betriebsratsgesetz von Dr. Georg Flatow braucht auch den soeben erschienenen

Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber

Betriebsabbrüchen und Stilllegungen
nebst der Ausführungsanweisung

Unentbehrlich für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Behörden Arbeitgeber u. Arbeitnehmer. Preis 2,50 Mark.

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

GOLD-SILBER-PLATIN-Bruch
kaut Silber-Zentrale
Gotzkowskystr. 19

Krause Planos zur Miete
Ansbacher Straße 1, Ecke Kurtfürstenstr.

Korbmöbel
kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt beim Hersteller

A. Lesdau
Werkstätten für feine Korbmöbel.
Fernspr.: Neukölln 1799
Ausstellung u. Verkauf nur Neuk., Anzeigerstr. 20

Gurkofix
feinster Gurkensalat
Überall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Most- und Konservfabrik
Berlin, Büschingstr. 6

Möbel
zu niedrigsten Preisen direkt an Private

Möbelhaus Rajewski
Berl., Badstr. 66

Metallbetten
Stahlmatt, Kinderbetten
12, an Torgauer, Ratal 30Afr.
Glenndorfstr. 12, 77

Achtung!
Klientes Wettkonzern versprach 100 %
teilt aber nicht Wort. Ich halte aber Wort und zahle für

Brillanten & Edelsteine
Platina, Gold- und Silberbruch
sowie Gegenstände den höchsten Tageskurs, und Sie haben bestimmt Ihren Totogenmin in der Tasche. Bringender Bedarf. Direkte Bewertung, eigene Schmelze.

Ed. Kokoski, Juweller Berlin
Brunnenstraße 168 Goldwarenabteil mit elektr. Betrieb.
Teleph. Humboldt 3450. Bogn. 1920